



95. Landesparteitag

Beschluss

Soziale Balance in Hamburgs Stadtteilen bewahren.

Mehr Sorgfalt bei der Unterbringung von Flüchtlingen!

Das Recht auf Asyl ist ein hohes Gut und für Liberale ein unumstößliches Grundrecht. Millionen von Menschen sind im Laufe der Geschichte vor Not, Verfolgung und Unterdrückung aus Deutschland geflohen. Heute leben wir in einem freien Land, das zum Ziel vieler Menschen geworden ist, die auf der Flucht sind.

Die Metropole Hamburg ist in den vergangenen Monaten wieder stärker von Zuwanderung durch Asylsuchende betroffen. Dabei stellt sich die Einrichtung einer menschenwürdigen Unterbringung als besondere Herausforderung dar. Hamburg muss bei der Errichtung solcher Unterkünfte große Sorgfalt walten lassen, um die soziale Balance in Stadtteilen nicht zu gefährden. Eine starke zusätzliche Beanspruchung von Stadtteilen, die bereits jetzt vor großen sozialen Herausforderungen stehen, hilft am Ende weder Asylsuchenden noch den Einwohnern vor Ort.

Die FDP Hamburg fordert daher:

- Mit der Einrichtung einer Unterkunft für Asylsuchende in einer ehemaligen Schule am Oststeinbeker Weg in Billstedt hat es der Senat am nötigen Fingerspitzengefühl im Umgang mit Asylsuchenden und der Billstedter Bevölkerung vermessen lassen. Der Bezirk Hamburg-Mitte ist mit rund 1.700 Plätzen bereits jetzt sehr stark an der öffentlichen Unterbringung von Asylsuchenden beteiligt, Billstedt hat daran einen großen Anteil. Aus diesem



Grund lehnen wir eine weitere, zusätzliche Unterbringung von Asylbewerbern in Billstedt ab.

- Die für das Gebiet ursprünglich geplante Wohnbebauung hätte für den Stadtteil Billstedt zur sozialen Durchmischung beigetragen, die auch vom Senat gefordert wird.
- Der Senat wird aufgefordert, ein Handlungskonzept vorzulegen, welches Planungen für die Einrichtung weiterer, bedarfsgerechter Unterkünfte für Asyl- und Wohnungssuchende beinhaltet. Dabei soll der Senat die Ergebnisse des von ihm selbst vorgelegten Sozialmonitorings berücksichtigen und die Unterbringung nicht mehr länger losgelöst von der Integrierten Stadtteilentwicklung und den damit verbundenen und notwendigen Beteiligungsprozessen betreiben. Anzustreben ist eine dezentrale, gleichmäßige Unterbringung in möglichst vielen verschiedenen Hamburger Stadtteilen. Ferner sollen die rechtlichen Voraussetzungen für eine private Unterkunft geschaffen werden.
- Darüber hinaus sind alle bereits vorhandenen Hamburger Unterkünfte, die im Rahmen der öffentlichen Unterbringung in der Stadt eingerichtet wurden, in die Betrachtung einzubeziehen, auf ihre Sozialverträglichkeit hin zu überprüfen und gegebenenfalls im Sinne des gesamtstädtischen Ausgleichs aktiv zu verlegen.